

Die Experten der vom UN-Menschenrechtsrat eingesetzten unabhängigen Untersuchungskommission haben heute im Rahmen einer Pressekonferenz in Genf bekanntgegeben, dass ihre Untersuchung zum eindeutigen Schluss komme, dass Israel in Gaza einen Völkermord begeht. Vier der fünf in der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung von Völkermord erwähnten Tatbestände seien erfüllt. Die Kommission nennt als Tatbestände: Tötung, schwere körperliche oder seelische Schädigung, vorsätzliche Schaffung von Lebensbedingungen, die auf die vollständige oder teilweise Zerstörung der palästinensischen Bevölkerung abzielen, und Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten. Von **Florian Warweg**.

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen

[Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen](#)

Aussagen israelischer Behörden und Politiker seien als direkter Beweis für Völkermordabsichten zu werten, teilte die UN-Untersuchungskommission weiter mit. Es gebe, so die Leiterin der UN-Untersuchungskommission, die südafrikanische Juristin Navi Pillay, „auch indirekte oder Indizienbeweise für einen besonderen Vorsatz (dolus specialis) im Verhaltensmuster der politischen und militärischen Behörden Israels sowie in den Militäroperationen, die unter Berücksichtigung der Gesamtheit der Beweise die erforderliche spezifische Absicht zur Begehung von Völkermord belegen“. Pillay war zuvor von 2003 bis 2008 als Richterin am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag tätig und amtierte von 2008 bis 2014 als Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte.

Israel wies den Vorwurf erwartungsgemäß zurück. Der israelische Botschafter in Genf, dem Sitz des Menschenrechtsrates, nannte den Bericht „skandalös“ und „verleumderisch“. Weder Israel noch die USA erkennen den UN-Menschenrechtsrat als Autorität an. Die israelische Regierung wirft ihm und seinen Kommissionen vor, grundsätzlich gegen Israel voreingenommen zu sein. Der Menschenrechtsrat, derzeit geleitet von Marokko, besteht aus 47 Ländern, darunter aktuell auch die Bundesrepublik Deutschland, die jeweils für drei Jahre von der UN-Generalversammlung gewählt werden:

Besetzung der Stimmrechte im Gremium.

Amtszeit	Afrika (13)	Asien (13)	Osteuropa (6)	Lateinamerika und Karibik (8)	Westeuropa und restliche Staaten (7)
2024–2027	 Benin  Demokratische Republik Kongo  Äthiopien  Gambia	 Zypern  Marshallinseln  Katar  Südkorea  Thailand	 Tschechien  Nordmazedonien	 Bolivien  Kolumbien  Mexiko	 Island  Spanien  Schweiz
2023–2026	 Burundi  Elfenbeinküste  Ghana  Malawi	 Volksrepublik China  Indonesien  Japan  Kuwait	 Albanien  Bulgarien	 Brasilien  Kuba  Dominikanische Republik	 Frankreich  Niederlande
2022–2025	 Algerien  Marokko  Südafrika  Sudan	 Bangladesch  Kirgisistan  Malediven  Vietnam	 Georgien  Rumänien	 Chile  Costa Rica	 Belgien  Deutschland

Quelle: [OHCHR](#)

Der australische Völkerrechtler Christopher Sidoti, ein weiteres renommiertes Mitglied der UN-Kommission, führte im weiteren Verlauf der Pressekonferenz aus, dass jedes Land, er nannte dabei explizit auch Deutschland, seit dem 24. Januar 2024 durch den Internationalen Gerichtshof (IGH) verpflichtet war, Maßnahmen zu ergreifen, um Völkermord in Gaza zu verhindern.

Im Wortlaut erklärte er:

„Jedes Land wurde vom Internationalen Gerichtshof darauf hingewiesen, dass in Gaza ein plausibles Risiko für Völkermord bestand. Jedes Land war gemäß dem Gesetz verpflichtet, nicht nur schöne Worte zu machen, sondern Maßnahmen zu ergreifen, um Völkermord zu verhindern. Diese Verpflichtung trat am 24. Januar 2024 in Kraft. (...) und gilt (auch) für Deutschland.“

Externer Inhalt

Beim Laden des Tweets werden Daten an X (ehemals Twitter) übertragen.

Inhalt von X (Twitter) zulassen

"Every country was put on notice by the ICJ that there was a plausible risk of genocide in Gaza.. every country became obliged under the law.. not to speak fine words, to take action to prevent genocide.. that obligation was activated on 24th Jan 2024"

Chris Sidoti spells it out pic.twitter.com/ruzBoXHpac

— Saul Staniforth (@SaulStaniforth) [September 16, 2025](#)

[Inhalte von X \(Twitter\) nicht mehr zulassen](#)

Es scheint jetzt wirklich eng zu werden für die BRD. In dem Zusammenhang sollte man nicht vergessen, dass Deutschland im Hauptverfahren Südafrika versus Israel vor dem IGH nach wie vor als einziges Land auf Seiten Israels auftritt. Das tun wohlweislich nicht einmal die USA ...

Titelbild: [Screenshot von UN-Webtv](#)

Mehr zum Thema:

[Gaza: Entmenslichung als Voraussetzung für eine unmenschliche Politik](#)

[Wo bleiben die Friedenstruppen für Gaza?](#)

[Auswärtiges Amt sieht noch immer keine Verletzung des Völkerrechts durch Israel in Gaza](#)

[Bundesregierung zum Vorgehen Israels in Gaza: „Absolut unerträglich hohe Zahl von getöteten Journalisten“](#)

[In Gaza verhungern die Menschen – wir, Deutschland, tragen eine große, nicht wiedergutzumachende Schuld](#)

